

BUND KG Duisburg, Lösörter Str. 119, 47137 Duisburg

An alle Ratsmitglieder  
der Stadt Duisburg  
Burgplatz 19

47051 Duisburg

Duisburg, 20.01.10

**Ihr Beitrag zur Luftreinhaltung und Klimaschutz  
Verweigerung des gemeindlichen Einvernehmens aus rechtlichen Gründen zum Erlass  
eines Vorbescheids einer 1. Teilgenehmigung für das Kohlekraftwerk in KR Uerdingen**

Sehr geehrte Ratsfrauen und Ratsherren der Stadt Duisburg,

wir möchten die Beschlussvorlage zur Drucksache 08-0960/2 zum Antrag der Firma Trianel auf Erlass eines Vorbescheides zur Errichtung und zum Betrieb eines Steinkohlekraftwerkes in Krefeld Uerdingen, welche in der Ratssitzung am 25.01. auf der Tagesordnung vermerkt ist, zum Anlass nehmen, auf die gesundheitliche Gefährdung der Duisburger Bevölkerung im Zusammenhang mit dem geplanten Kohlekraftwerk hinzuweisen.

Bürgerinnen und Bürger haben zu Recht den Anspruch, dass sich die Luftbelastung von Jahr zu Jahr in Duisburg verbessert und nicht weiter verschlechtert. Dies ist jedoch aufgrund des geplanten Kohlekraftwerkes in Krefeld Uerdingen nicht gegeben.

Seit Sommer 2008 liegt der Luftreinhalteplan Ruhrgebiet West vor und wie Sie wissen, kommt dieser zu dem Schluss:

*„In den Rechengebieten der Stadtgebiete von Duisburg, .. beträgt überwiegend der Anteil des regionalen Hintergrundes an der PM10-Gesamtbelastung ca. 50 %. (..) Eine Ausnahme stellt u.a. Duisburg dar, hier liefert die Industrie zum Teil den höchsten Beitrag zur Feinstaubbelastung gefolgt von dem regionalen Hintergrund.“*

Wir alle setzen uns für eine lebens- und liebenswerte Stadt ein und möchten dem Schmutzel-Image den Rücken kehren. Durch die Planungen unserer Nachbarstadt Krefeld ein Kohlekraftwerk an der Stadtgrenze mit Hauptwindrichtung nach Duisburg zu bauen, wird jegliche Bemühung der Stadt Duisburg zur Verbesserung der Schadstoffimmissionen in Duisburg, und somit auch Ihr direkter Einsatz und Ihre Bemühung als Ratsmitglieder, konterkariert.

Alle Planungen der Stadt Krefeld haben einen direkten Einfluss auf die bereits jetzt schon vorliegenden hohen Hintergrundbelastungen auf Duisburger Stadtgebiet. Im Bezug auf Duisburger Stadtgebiet gab es trotz Wirtschaftskrise und Abschaltungen von Anlagen und reduziertem Betrieb von Industrieanlagen, auch in 2009 erneut mehr Überschreitungstage als maximal zulässig. Auch gegenüber der EU sah sich Duisburg gezwungen einen Verlängerungsantrag zu stellen, weil die EU-Richtlinien nicht eingehalten werden können.

Hierbei muss man hervorheben, dass aktuelle Studien belegen:

- Je näher der Wohnort zu einer Feinstaub-Quelle liegt, umso häufiger treten Allergien und Atemwegserkrankungen auf.

- 2 -

- Eine erhöhte Exposition gegenüber Feinstaub (PM 10) geht mit einem signifikant höheren Todesrisiko einher. Selbst eine kurzzeitige PM-Exposition hat negative Auswirkungen auf die Erkrankungshäufigkeit und Todesrate.
- Erste internationale Studien haben gezeigt, dass Feinstaub Hirnschädigungen vor allem bei Kindern und älteren Menschen zur Folge haben kann.
- Langzeit-Expositionen gegenüber Feinstaub sind mit ernstesten gesundheitlichen Auswirkungen verbunden.

Es gibt keinen Schwellenwert, der keine gesundheitliche Beeinträchtigung mit sich zieht!

Auch der Klimawandel ist inzwischen als Tatsache bekannt und das Klimaschutzkonzept der Stadt Duisburg belegt, dass auch hier die Eingriffsmaßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas nur bedingt gegeben sind. Die zusätzlichen CO<sub>2</sub> Ausstöße durch den geplanten Bau des Kohlekraftwerkes in Krefeld Uerdingen beträgt ca. 4,4 Millionen Tonnen pro Jahr, das ist weitaus mehr als alle PKW in Krefeld und Duisburg zusammen ausstoßen.

Neben den zusätzlichen Feinstaub- und CO<sub>2</sub> Emissionen wird das geplante Kraftwerk in Krefeld Uerdingen weitere toxische und krebserregende Schwermetalle wie Quecksilber, Cadmium, Arsen, Blei ausstoßen. Dies alles belastet aufgrund der vorwiegenden Luftbewegungen vor allem die Duisburger Bevölkerung. Die Bezirksvertretung Duisburg West hat sich bereits 2007 und die Bezirksvertretung Duisburg Süd im Jahre 2008 mit großer Mehrheit gegen das geplante Steinkohlekraftwerk ausgesprochen. Auch die Mitteilungsvorlagen der Stadt Duisburg sprechen eine eindeutige Sprache, was die zu erwartenden zusätzlichen Belastungen für Duisburg angeht.

Der BUND Duisburg vertritt bereits seit Jahren die Aussage, dass eine Versorgung der im Chempark angesiedelten Betriebe mit Dampf durch ein angemessen großes, weitaus weniger Umwelt- und Gesundheitsbelastendes Gas- und Dampf Kraftwerk sicher gestellt werden kann, was dann einer wirklichen Standortsicherung des Chemparks gleich käme.

Im Rat der Stadt Duisburg soll nun über die Nutzung eines Teilbereiches des Duisburger Stadtgebietes für das Krefelder Kraftwerk entschieden werden. Es handelt sich hierbei um eine Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft. Diese Fläche ist für Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt. Da Anpflanzungen im Städtischen Gebiet nachweislich sowohl Feinstaubfilterfunktionen als auch zur Luftverbesserung und Klimaschutz beitragen, ist die rechtlich gegebene Verweigerung des gemeindlichen Einvernehmens wie in der Beschlussvorlage bereits festgehalten, für Duisburg ein wichtiger Schritt.

**Wir möchten Sie auf diesem Wege bestärken, von Ihren rechtlichen Mitteln Gebrauch zu machen und das gemeindliche Einvernehmen zu verweigern.**

Mit freundlichen Grüßen

Kerstin Ciesla

BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.  
Kreisgruppe Duisburg  
Vorsitzende